

---

# SCHWERPUNKTTHEMA:

## Schwarzbuch Bau – Die wichtigsten Forderungen des Baugewerbes für 2011

---

### Worum geht es?

Das Deutsche Baugewerbe hat erstmals ein „Schwarzbuch Bau“ vorgelegt. Damit wollen die baugewerblichen Verbände verdeutlichen, welche Chancen auf mehr produktive Arbeitsplätze, höhere Einnahmen unseres Gemeinwesens und Wohlstand Deutschland nicht genutzt werden, wenn die politisch Verantwortlichen der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Bauwirtschaft weiterhin nicht die erforderliche Beachtung schenken. Das „Schwarzbuch Bau“ zeigt auf über 20 Seiten die größten wirtschaftspolitischen Fehlentwicklungen für den Bau und benennt Lösungen.

### Was wollen wir erreichen?

Zu den wichtigsten Forderungen des Deutschen Baugewerbes gehört:

### Wirtschafts- und Rechtspolitik

- **Forderung zur Meisterpflicht nach dem Handwerksrecht:**  
Wiedereinführung der Meisterpflicht in den betroffenen Gewerken bzw. Korrekturen der HwO, um Qualität und Qualifikation sowie den großen Befähigungsnachweis zu stärken.
- **Forderung zum Rechtsschutz bei Vergaben unterhalb der EU-Schwellenwerte:**  
Einführung eines realistischen und praxisnah ausgestalteten Rechtsschutzes, der die Existenz der VOB nicht gefährdet.  
Erleichterte Darlegungs- und Beweislast im Sekundärrechtsschutz.
- **Forderung zu Lenk- und Ruhezeiten für Kraftfahrer:**  
Erweiterung des Umkreises auf 150 km, in dem Handwerker sich ohne Tachografenpflicht nach der EU-Personalverordnung betätigen dürfen.  
Geltung der HandwerkerAusnahme ohne Gewichtsbeschränkung.
- **Forderung zum Bürokratieabbau:**  
Der Bürokratieaufbau muss endlich in einen Bürokratieabbau umgekehrt werden.
- **Forderung zum Bauvertragsrecht:**  
Bei der Diskussion über ein neues Bauvertragsrecht ist ein Schwerpunkt auf die Verbesserung des Zahlungsverhaltens und auf eine Verkürzung der Bauprozesse zu setzen. Die Rechtsunsicherheit im Verbraucherbaurecht kann durch Musterklauselwerke beseitigt werden. Ziel muss es sein, ein für die Auftraggeber- und Auftragnehmerseite ausgewogenes Regelwerk zu schaffen, mit dem ein Großteil der Bauaufträge sowohl im Einfamilienhausbau sowie im Einzelgewerk abgedeckt werden kann.
- **Forderung zur Bauhandwerkersicherung:**  
Angesichts des Insolvenzausfallrisikos von Verbraucher-Auftraggebern müssen diese in den Anwendungsbereich des § 648 a BGB aufgenommen werden.

- **Forderung zum Bauforderungssicherungsgesetz:**  
Die baustellenscharfe Verwendungspflicht von Baugeld muss aufgehoben werden. Dies muss unabhängig davon gelten, ob Vertragspartner des Bauunternehmers ein Verbraucher, ein Unternehmen oder die öffentliche Hand ist.  
Eine Privilegierung von Verbrauchern in der Form, dass bei diesen die baustellenscharfe Verwendungspflicht des Baugeldes aufrecht erhalten wird, ist wegen der daraus resultierenden massiven Benachteiligung mittelständischer Baubetriebe abzulehnen.  
Die Globalzession muss als Kreditsicherungsmittel für die Baubetriebe im Anwendungsbereich des Bauforderungssicherungsgesetzes sichergestellt sein.
- **Forderung zu Öffentlich-Privaten-Partnerschaften (ÖPP):**  
Mittelstandsgerecht gestaltete kommunale ÖPP-Projekte stellen eine Alternative zu der konventionellen Vergabe dar. Dabei sollen die Projekte einzeln ausgeschrieben und vergeben werden.

## Sozial- und Arbeitsmarktpolitik

- **Forderung zur Gesetzlichen Unfallversicherung:**  
Die Versicherungsleistungen der Gesetzlichen Unfallversicherung sind auf den Kernbereich der betriebspezifischen Risiken zu konzentrieren.
- **Forderung zum Kündigungsschutz:**  
Keine Anwendbarkeit des Kündigungsschutzgesetzes in den ersten drei Jahren eines Arbeitsverhältnisses. Keine Anwendbarkeit des Kündigungsschutzgesetzes in Betrieben mit bis zu 20 Arbeitnehmern. Erleichterungen bei der Befristung von Arbeitsverhältnissen.
- **Forderung zur Arbeitsmarktpolitik:**  
Abschaffung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Beschränkung des Einsatzes von Ein-Euro-Jobbern.
- **Forderungen zur Schwarzarbeitsbekämpfung:**  
Die Ressourcen der für den Vollzug der Gesetze zuständigen Zollverwaltung müssen aufgestockt werden. Die abschreckende Wirkung der Sanktionen muss erhöht werden. Vollzugsdefizite müssen beseitigt werden.
- **Forderung zum Sozialversicherungsrecht:**  
Die Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge muss sich wieder an der Fälligkeit des Lohnanspruches orientieren.

## Baupolitik

- **Forderung zum Mietwohnungsneubau:**  
Wiedereinführung der degressiven Afa (Verdopplung der Abschreibungssätze). Vereinfachung im Mietrecht.
- **Forderung zum Eigenheimbau:**  
Erweiterung der Eigenheimrente auf die Finanzierung von Modernisierungsmaßnahmen. Einführung Optionsmodell von Suntum: Private Eigentümer sollen zukünftig sowohl Eigenkapitalbeiträge als auch Tilgungsleistungen steuerlich geltend machen können. Im Gegenzug sollen diese Investitionen in das selbstgenutzte Wohneigentum nachgelagert besteuert werden.
- **Forderung zur energetischen Gebäudesanierung:**  
Fortführung des CO<sub>2</sub>-Sanierungsprogramms auf dem bisherigen Niveau (mind. 1,5 Mrd. Euro).  
Einführung einer Klimaschutzabschreibung analog der Denkmalschutzabschreibung.  
Vereinfachung im Mietrecht entsprechend der Koalitionsvereinbarung.
- **Forderung zur Energieeinsparverordnung:**  
Die EnEV 2009 ist zunächst zu evaluieren, bevor die Anforderungen an die energetische Modernisierung nochmals verschärft werden.

Die Anforderungen an den Gebäudebestand sind zur Steigerung der Modernisierungsquote flexibler zu gestalten.

Das Nachweisverfahren ist für den Bestand zu vereinfachen.

- **Forderung zu Baumaßnahmen im Bestandsersatz:**  
Gleichrangige Förderung für Bestandsersatz wie für Modernisierung. Der Ersatzneubau ist auch steuerlich zu begünstigen.
- **Forderung zum altersgerechten Wohnungsumbau:**  
Die Anpassung des Wohnungsbestandes an eine alternde Gesellschaft muss neben der energetischen Sanierung als gleichberechtigtes Ziel der Wohnungsbaupolitik anerkannt werden. Daher müssen Fördermittel in entsprechender Höhe dauerhaft bereitgestellt werden.  
Aufrechterhaltung der Städtebauförderung im Umfang von 650 bis 700 Mio. Euro jährlich statt der beschlossenen 455 Mio. Euro.
- **Forderung zum nachhaltigen Bauen:**  
Die Vorgaben für eine praxisgerechte Zertifizierung nachhaltiger Wohn- und Bestandsgebäude müssen sich auf eine notwendige Mindestanzahl objektiver Bewertungskriterien beschränken.
- **Forderung zur öffentlichen Infrastruktur:**  
Um den derzeitigen Aufschwung und das Wirtschaftswachstum weiter zu stabilisieren, müssen die Investitionen in die öffentliche Infrastruktur gesteigert werden. Das Aufkommen aus den Mauteinnahmen ist ausschließlich für zusätzliche Maßnahmen im Bundesfernstraßenbau zu verwenden.

## Steuerpolitik

- **Forderung zum Steuerbonus für Handwerkerleistungen:**  
Handwerkerleistungen und haushaltsnahe Dienstleistungen sollen mit 20 % der Aufwendungen, max. 4.000 Euro, absetzbar sein bei freier Entscheidung des Steuerpflichtigen, wofür er das Fördervolumen von 20.000 Euro nutzt.
- **Forderung zur Umsatzsteuer:**  
Generelle Umstellung der Soll-Versteuerung auf die Ist-Versteuerung. Anhebung der Abschreibungsgrenze für geringwertige Wirtschaftsgüter auf 1.000 Euro.
- **Forderung zur Erbschaftssteuer:**  
Flexiblere Ausgestaltung der sog. Lohnsummenregelung für den Fall von Branchenveränderungen aufgrund konjunktur- und strukturbedingter Ursachen, wenn Arbeitsplatzabbau betriebsnotwendig ist.

## Technikpolitik

- **Forderung zur Bauforschung:**  
Entsprechend der volkswirtschaftlichen Bedeutung von Bauwesen und Städtebau sind die Fördermittel für baupraktische Forschung einschließlich der Förderung von Pilotprojekten aufzustocken.
- **Forderung zur Baunormung:**  
Die Baunormung muss sich wieder an den Bedürfnissen der Praxis orientieren, um sichere und dauerhafte Bauwerke zu gewährleisten. Im Sinne der Volkswirtschaft und auch der öffentlichen Bauherren sollte eine rasche Konsolidierung der Baunormung gefördert werden.

Das „Schwarzbuch Bau“ will einen Beitrag zur politischen Meinungsbildung leisten und den konstruktiven Dialog fördern.

## Impressum

Herausgeber:  
Landesverband  
Bayerischer  
Bauinnungen

Bavariaring 31  
80336 München

Tel.: 089 / 76 79 - 0  
Fax: 089 / 76 85 62  
info@lbb-bayern.de  
www.lbb-bayern.de

Stand:  
Januar 2011